

Höltschl fordert Ende der Annaberg-Feier in Schliersee

Gedenken prägt Podiumsdiskussion im Gymnasium

VON JULIA WÖLKART

Miesbach – Dass gegen einige scheinbar der Rechten Szene zugehörige Besucher der alljährlichen Annaberg-Gedenkfeier in Schliersee (wir berichteten) nichts unternommen werden kann, macht manche Jugendliche im Landkreis Miesbach offenbar fassungslos und auch ein bisschen wütend. Schliersees Bürgermeister Franz Schnitzenbaumer bekam dies jetzt als Teilnehmer der Podiumsdiskussion „Was tun gegen Rechtsradikalismus auf dem Land?“ zu spüren, die von der Grünen Jugend Miesbach im Gymnasium der Kreisstadt veranstaltet worden war. „Dann schweigen die aufrechten Demokraten also lieber“, musste sich Schnitzenbaumer bei der Veranstaltung anhören, bei der es auch um Rechtsradikalismus im Allgemeinen ging.

„Thema angekommen“

„Das Thema ist im Landkreis angekommen“, betonte Alois Maichel, Vorsitzender des Kreisjugendrings. Dabei wollen die Schülerinnen und Schüler vor allem eines, wie Moderator und Lehrer Michael Fuug herausstellte: den Anfängen wehren. Der Umgang mit der Annaberg-Gedenkfeier brannte den Anwesenden besonders unter den Nägeln, doch Franz Schnitzenbaumer konnte nicht mit einer Lösung dienen. „Ich habe kein Geheimrezept“, räumte der Rathauschef offen ein. Es handle sich bei der Feier nicht um eine Versammlung, also könne sie nicht verboten werden. Die Polizei – stets vor Ort – habe keine Verfassungsverstöße festgestellt, könne also ebenfalls nicht eingreifen. Als aus dem Oberländer, dem Mitteilungsblatt des an der Feier in Schliersee teilnehmenden Freikorps und des Bund Oberland, zitiert wurde, hörte Franz Schnitzenbau-



Paul Poensgen, als Ermittler bei der Polizei Miesbach auch für Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund zuständig, Schliersees Bürgermeister Franz Schnitzenbaumer, Diskussionsleiter Michael Fuug, die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar und KJR-Vorsitzender Alois Maichel (v.l.) sprachen bei der Diskussion im Gymnasium auch über die Annaberg-Gedenkfeier. Fotos: Leder

mer den empörten Einwand: „Wenn jemand so etwas abdruckt, da brauch ich doch keinen Verfassungsschutz mehr.“

Vor dem vom Bürgermeister favorisierten Weg, den Gästen der Gedenkfeier keine Öffentlichkeit zu geben, warnte Diskussions Teilnehmerin Monika Lazar, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen aus Leipzig. Sie riet dazu, das Thema offensiv anzugehen. „Berufen Sie eine Bürgerversammlung ein, und treten Sie auch an dem Tag öffentlich auf – mit dem Bürgermeister an vorderster Front!“ Der Idee des SPD-Kreisvorsitzenden Hans Pawlovsky, die Feier zu einem gemeinsam Gedenken an deutsche und polnische Opfer auszuweiten, stand Lazar ebenfalls negativ gegenüber. Damit würde der falsche Anlass geadelt. Einer Schlacht zu gedenken, das habe nichts mit Heimatliebe von Vertriebenen zu tun. Die Politikerin suchte stattdessen eine von den Schlierseern selbst herbeigeführte Lösung. So könne doch beispielsweise der Wirt solche Leute nicht mehr in sein

Gasthaus lassen.

Lob für Bürgermeister

Zum radikalsten Weg tendierte Ernst Höltschl – nämlich zur Verbannung der gesamten Feier aus dem Ort. „Die sollen ihre Gedenktafel einfach mitnehmen“, so der Schlierseer SPD-Gemeinderat. „Mir geht das gegen den Strich. So etwas brauchen wir hier nicht.“ Er selbst habe den Aufmarsch jahrelang miterlebt und wüsste dem jungen Publikum unter anderem von gehissten Reichsfahnen zu berichten.

Sobald einer der Teilnehmer etwas Verfassungsfeindliches tue oder die Feier den Charakter einer Versammlung annehme, werde eingeschritten. Das war es, was Franz Schnitzenbaumer am Ende der Diskussion versprechen konnte. Dass er sich überhaupt dem Gespräch gestellt hat, wurde von allen Seiten honoriert. So sagte Josef Obermeier, Landesvorsitzender der Linkspartei: „Ich muss den neuen Schlierseer Bürgermeister in Schutz nehmen. Zumindest in diesem Punkt wurde mit ihm die richtige Wahl getroffen.“



Zahlreiche junge Besucher verfolgten in der Aula des Gymnasiums aufmerksam die Beiträge der Diskussions-Teilnehmer auf dem Podium.